

BESCHLUSSBUCH

UNTERBEZIRKSAUSSCHUSS

18. JANUAR 2012

1 Antrags-Nr. 10

2

3 Antragsteller: HSG Dortmund

4

5 **Wirtschaft, nein danke!**

6

7

8 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

9

10 Die Jusos Dortmund sprechen sich gegen den Einfluss von Wirtschaftsvertretern auf Universitäten
11 aus und fordern die Abschaffung der Hochschulräte. Die Kompetenzen des Hochschulrats müssen
12 an den Senat gehen, sodass nur Beteiligte am Universitätsleben Einfluss nehmen, und die Interessen
13 der Studierenden besser vertreten werden können.

14

15 Begründung:

16 Volle Lehrpläne, immer weiter steigender Leistungsdruck und kaum noch Zeit für soziales
17 Engagement sind nur wenige der negativen Auswirkung durch wirtschaftliche
18 InteressenvertreterInnen an den Universitäten. Finanzielle Aspekte sollten bei der Ausgestaltung
19 von Lehrplänen nur sekundären Charakter haben, der/die Studierende muss an erster Stelle
20 kommen. Die Wirtschaft sieht den Menschen nur als „Ware“, die „fertig“ auf den Markt kommen
21 muss. Diese Denkweise verhindert sowohl die Entfaltung von Studentenkulturen als die freie
22 Entfaltung des Individuums.

23

24

25 Annahme Ablehnung Überweisung Nichtbefassung

1 Antrags-Nr. 6

2

3 Antragsteller: AG Innenstadt

4

5 **Die Stadt gehört den Bürgern**

6

7

8 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

9

10

11 Öffentliche Räume ermöglichen es uns als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt außerhalb unserer
12 Wohnungen unsere Freizeit zu gestalten. Öffentliche Räume sind auch Orte des Austausches, der
13 Diskussion und Begegnung. Sie gewährleistet damit die Wahrnehmung bürgerlicher Grundrechte
14 wie der Demonstrationsfreiheit. Diese Bereiche geraten durch zunehmende Privatisierung in Gefahr.
15 Die Dortmunder Jusos fordern von der SPD Ratsfraktion und dem Oberbürgermeister der Stadt
16 Dortmund, dass sie sich für den Erhalt öffentlicher Räume und die damit verbundene Nutzung
17 dieser einsetzt.

18 Zur allgemeinen Nutzung öffentlicher Räume gehört für uns beispielsweise die zahlreichen
19 Nutzungsmöglichkeiten des Phoenix-Sees für alle Dortmunderinnen und Dortmunder zu öffnen.

20 Daher fordern wir die die Ausweisung von Grillplätzen um den Phoenix-See sowie die die
21 Aufhebung des Badeverbotes, sobald dies ökologisch möglich ist.

22 Die Vertreibung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum, wie an der Emo-Szene am Stadtgarten
23 geschehen, lehnen wir ebenso ab wie die von der CDU geforderte Eingreiftruppe gegen
24 Jugendliche, um diese aus dem öffentlichen Raum zu entfernen.

25 Auch die Entfernung von Bettlern aus dem öffentlichen Stadtbild wie vom Thier-Galerie-Betreiber
26 ECE verlangt, lehnen wir ab.

27 Wir sprechen uns gegen eine weitere Privatisierung des öffentlichen Raumes in der Innenstadt aus,
28 und verlangen von der SPD-Ratsfraktion und dem Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, weitere
29 Einflussmaßnahmen seitens ECE auf die Innenstadt abzuweisen.

30

31 Begründung:

32 Der Phoenix-See ist das größte Stadtentwicklungsprojekt der vergangenen Jahre in unserer Stadt.

33 Die enormen Kosten zur Errichtung des Phoenix-Sees wurden von allen Bürgerinnen und Bürgern
34 über die DSW21 getragen. Daher sollten auch alle die Vorzüge des Sees genießen können. Es ist
35 nicht nachvollziehbar, dass aus Rücksicht auf die Immobilienbesitzer am Phoenix-See die
36 Aufenthaltsqualität und die Freizeitmöglichkeiten am Phoenix-See eingeschränkt werden.

37 Die zunehmende Privatisierung der Innenstädte verhindert nicht nur ein Entfalten von Jugend- und
38 Studentenkulturen, es bedeutet auch eine Reduktion von Freizeitmöglichkeiten junger Familien. Bei
39 der Gestaltung der Innenstadt dürfen betriebswirtschaftliche Überlegungen nicht den höchsten
40 Stellenwert einnehmen, vielmehr sollten die Bürgerinteressen im Vordergrund stehen. Eine
41 bürgerfreundliche Innenstadt ist eine Innenstadt der öffentlichen Räume.

42

43

44 Annahme Ablehnung Überweisung Nichtbefassung

Antragsteller: Juso Unterbezirk

Familienfreundliche SPD – Kinderbetreuung bei SPD-Veranstaltungen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass zur besseren Einbindung von Familien beim Unterbezirksparteitag und Beirat wieder eine Kinderbetreuung organisiert und angeboten wird. Dazu werden alle Arbeitsgemeinschaften und Stadtbezirksvorstände und der Unterbezirksvorstand in die Pflicht genommen, bei dieser Betreuung mitzuwirken und sich nicht aus der Verantwortung zu ziehen. Während der Organisation des Parteitages und des Beirates sollen die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und Stadtbezirksvorstände und der Unterbezirksvorstand angeschrieben und aufgefordert werden, personelle Kraft aus ihren Reihen für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Es ist kein Geheimnis das unsere Partei durchschnittlich sehr alt ist und uns der junge Unterbau fehlt. Gerade bei diesem Wissen ist es unverzichtbar, junge Familien darin zu unterstützen, unseren Veranstaltungen beizuwohnen. Ein junges Elternteil ist von der Möglichkeit des Delegiertendaseins schon kategorisch ausgeschlossen, wenn nicht der jeweilige Partner bzw. Partnerin oder Großeltern zur Kinderbetreuung über mehrere Stunden parat stehen. Die Genossinnen und Genossen mit Kindern müssen ihr politisches Engagement mit ihrer Familie unter einen Hut bekommen und sind meistens dabei abhängig von anderen Personen. Dabei könnten wir uns als Partei unserer Verantwortung annehmen und handeln. Da wir bisweilen doch eine annehmbare Größe an Genossinnen und Genossen in unseren Arbeitsgemeinschaften vorweisen können, sollte es kein allzu großes Problem darstellen, diese Kinderbetreuung zu organisieren und damit den ersten Schritt zur familienfreundlicheren SPD zu wagen.

Antragsteller Juso Unterbezirk Dortmund

Förderung eines Szeneviertels in Bereichen des Stadthafens

Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD Dortmund bekräftigt ihre Forderung nach einer Freizeitnutzung des Stadthafens im Bereich der Speicherstraße sowie unterhalb des Hafenamtes. Die erfolgreiche Entwicklung im letzten Jahr zeigt die Möglichkeiten des Quartiers. Zur Ertüchtigung der Infrastruktur mit dem Zweck privaten Investoren eine gastronomische oder kulturelle Nutzung zu ermöglichen, halten wir auch finanzielle Anfangsinvestitionen durch die Kommune für nötig und sinnvoll. Denkbar ist es, die Erfahrung der DSW21 als Infrastrukturentwickler zu nutzen. Die Funktion des Dortmunder Hafens mit ihrer Kern- und Hauptaufgabe als Industriegebiet bleibt davon unbeeinträchtigt.

Um die ersten erfolgreichen Ansiedlungen am Hafen zu unterstützen und künftig den Dortmunder Stadthafen als kulturelles Szeneviertel mit Kneipen und Discos zu etablieren halten wir auch eine Änderung der Nachtexpressrouten für wichtig. Der NE11 sowie der NE9 sollten eine direkte Anbindung der Lokalitäten im Hafen ermöglichen und somit die Erreichbarkeit des Viertels, die sich momentan abends als sehr schwierig gestaltet, erhöhen.

Des Weiteren sollte die Stadt möglichst kurzfristig Schritte unternehmen um eine Entwicklung der wichtigen Fläche am ehemaligen Solendo zu ermöglichen und vertragliche Bindungen zu beenden, die diesen Zielen entgegenstehen.

Begründung:

Bereits im März letzten Jahres beschloss der Beirat der SPD Dortmund eine Prüfung verschiedener Quartiere mit dem Ziel, einen Ort für ein Szeneviertel in Dortmund zu finden.

Der Hafen, speziell der Stadthafen im Bereich der Speicherstraße, scheint am ehesten für die Freizeitnutzung geeignet zu sein. Wenige Anwohner, das Flair am Wasser und viele alte Bestandsbauten haben im letzten Jahr schon vor den Planungen der Stadt Investoren in den Hafen gelockt.

Im Jahr 2011 eröffneten zwei Gastronomien im Stadthafen. Gleichzeitig hat sich die Wirtschaftsförderung dem Standort angenommen und wird in diesem Jahr einen genauen Bericht dazu veröffentlichen.

Trotzdem sind einige Probleme geblieben. Die Erreichbarkeit ist, gerade in den Abendstunden, problematisch. Eine Umlegung der NE-Routen wäre ein einfaches, nach vorliegenden Informationen praktikables und kostengünstiges Mittel um die Erreichbarkeit und Attraktivität des Stadthafens zu erhöhen.

Des Weiteren stellt sich das Grundstück des ehemaligen Solendos als problematischer Knackpunkt dar. Die ehemaligen Investoren Lang und Leutner versuchten über zehn Jahre das Quartier zu entwickeln, geschehen ist letztendlich aber sehr wenig. Bevor die Stadt im Jahr 2009 die Konsequenzen daraus zog und den Vertrag mit den Pächtern aufkündigte, schloss der Investor Lang einen Mietvertrag für das Grundstück des Solendos in der Speicherstraße.

Der Vertrag, den Lang mit sich selbst schloss, behindert derzeit eine Entwicklung im Stadthafen. Obwohl auch andere Investoren Interesse an dem Grundstück haben, liegt es derzeit brach.

Deshalb muss die Stadt dort einschreiten und den Vertrag mit dem Investor Lang auflösen. Die Situation ist auch für die Stadt untragbar. Auf der einen Seite sollten 2009 jegliche Vertragsbeziehung mit Lang und Leutner beendet werden, auf der anderen Seite sicherte Lang sich das Grundstück in der Speicherstraße.

Um eine zukünftige Entwicklung im Hafen zu ermöglichen muss die Stadt diesen Fehler korrigieren und die Rahmenbedingungen für eine gastronomische Nutzung des Geländes ermöglichen.

1 Antrags-Nr. 5

2

3 Antragsteller: AG Innenstadt

4

5

6 **Auswirkungen der Thier-Galerie auf die Innenstadt**

7

8

9 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

10

11 Die Jusos Dortmund fordern die SPD-Ratsfraktion und den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund
12 auf, sich dafür einzusetzen, dass die bestehenden Instrumente des Einzelhandels-Monitoring genutzt
13 und wenn notwendig ergänzt wird, um die Auswirkung der Thier-Galerie auf die Entwicklung der
14 Innenstadt frühzeitig erkennen und bewerten zu können.

15 Entstehende negative Entwicklungen müssen durch eine kreative und konsequente
16 Quartiersplanung in eine innerstädtische Entwicklungschance umgewandelt und deren Realisierung
17 durch Stadt und Politik aktiv begleitet werden.

18

19 Begründung:

20

21 Die Thier-Galerie wird den Einzelhandelsstandort Dortmund nachhaltig verändern. Es wird einzelne
22 Geschäftslagen wie den westlichen Teil des Westenhellwegs geben, die von der Nähe zum neuen
23 Fixpunkt „Thier-Galerie“ profitieren werden. Andere Lagen hingegen werden sinkende
24 Passantenströme und dementsprechend einen Umsatzrückgang erleben. Um frühzeitig
25 Abwärtstendenzen feststellen, und einem denkbaren Niedergang bestimmter Straßenzüge wirksam
26 entgegen treten zu können, bedarf es eines Monitoring-Systems, dass die Entwicklungen auf West-
27 und Ostenhellweg und den umliegenden Einkaufsstraßen langfristig begleiten.

28

29

30 Annahme Ablehnung Überweisung Nichtbefassung